

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

101 (6.5.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 60 Pfg. Briefträger ins Haus gebracht, 3.37 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.	Fernsprecher Nr. 535.	Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“ . Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“ .	Fernsprecher Nr. 535.	Anzeigen: Die sechsspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.	
Violationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.		Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wafel; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.		Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wafel in Karlsruhe.	

Wie es im sozialistisch-liberalen Frankreich aussieht.

Kein Land ist so reich an Skandalen wie Frankreich. Die meisten anfänglich großzügig scheinenden Bewegungen sind zum Schluß in einen Skandal ausgefallen. Soeben haben wir, daß die Milliarde der Kongregationen, welche das Kapital zur Arbeiterversicherung liefern sollte, lediglich zu einem Skandal für das liberal-sozialistische Frankreich geworden ist, in welchem man großzügig ist auch in Diebstahl und Betrug.

Die große Masse bleibt jedoch unempfindlich, wie die Wahlen gezeigt haben. Die Wahlen haben alles beim alten gelassen; man ist den Schwindel und die Korruption gewöhnt und findet sich damit ab.

Es ist ein Berliner Blatt demokratischer Richtung, das der Sozialdemokratie näher steht als der fortschrittlichen Volkspartei, das die Zustände im gegenwärtigen Frankreich in den schönsten Farben schildert. Die Welt am Montag bringt eine sehr interessante Beschreibung über das moderne Frankreich aus der Feder ihres Pariser Mitarbeiter. Wir geben den Artikel im Wortlaut wieder. Er lautet:

„Gut, daß Republik und Demokratie nicht identisch sind! Sonst müßte man an der Zukunft der Demokratie fast verzweifeln, nachdem man gesehen hat, was aus Frankreich nach 40 Jahren Republik geworden ist.“

Schon Wochen vor den englischen Wahlen war jede englische Zeitung ein Wahlschlachtfeld. Jeder Buchladen Londons strömte vor politischen Schriften. Jedes Haus fast trug ein Wahlplakat. Das ganze Volk, bis zu den Kindern herab, war einzig und allein von dem Gedanken an die Wahlen besetzt.

Gestern kaufte ich mir das viel gelese „Journal“. Es brachte ganz neue Wahlnachrichten: in beängstigender Breite wurde die Frankreich erschlitternde Nachricht erzählt, daß ein hundertjähriger Arzt einer Versammlung präsiert habe, und dann wurde über die Wahl der Präsidentschaft berichtet, die bei einer Versammlung des Ministerpräsidenten Briand zerrüttet worden waren.

Heute sah ich mich den „Zeitungen“ an, das verbreitetste Blatt Frankreichs. Ungefähr eine Viertelspalte der sechs Seiten war den Wahlen gewidmet — ein paar trockene Notizen über Kandidatenstellungen. Wollte zwei Spalten dagegen, natürlich mit den obligaten Bildern gegliedert, galten den falschen Bildern, die ein falscher Graf an die amerikanische Kupferkönigin verkauft hat. Die „Affäre“, dann die endlose „Affäre“ Diez und die Tugend von anderen „Affären“, die es immer in Frankreich gibt, füllen den Rest des Blattes. Davon spricht man. Die Beschäftigten die Leute. Die Wahlen — du lieber Himmel, ich glaube, man hält mich für nicht ganz zurechnungsfähig, daß ich ihretwegen herkommen bin! An allen Mauern drängen allerdings die Erklärungen der Kandidaten. Aber wer liest sie?

Die politische Interessiertheit ist erschreckend. Die meisten wählen ja. Bei den letzten drei Wahlen betrug die Zahl der Nichtwähler nur etwas über 20 Prozent. Aber man hat den Eindruck, daß das nur sozusagen aus Gewohnheit geschieht. Was dabei herauskommt, ist der Mehrzahl ziemlich gleichgültig. Man sagt sich: es bleibt ja doch alles beim alten.

Und dies alles ist schlecht, sehr schlecht, darüber besteht kein Zweifel. Macht man einmal eine große Reform, wie die der Trennung von Staat und Kirche, so ist sie mit sozialistischem Lärm verbunden, daß von der Freude des prinzipiellen Fortschritts kaum etwas übrig bleibt. Die Antipathien verzuführen das große Werk der reinlichen Scheidung geistlicher und weltlicher Gewalt zu einer unangenehmen Mischung persönlicher Verehrung und gehässiger Kulturkämpfer.

Der Realismus ist tot. Aber die Ausbeutung ist geblieben. Nur die Schicht der Ausbeuter hat gewechselt. Eine kleine Clique deutegieriger sog. Politiker beherrscht und mißbraucht das Volk.

Wohin soll die Rettung kommen? Der monarchische Gedanke hat keine Zugkraft mehr. In der Kritik an den bestehenden Verhältnissen begnügen sich die „Reaktionäre“ größtenteils mit der äußeren Hinfälligkeit.

Die Sozialdemokratie zur Rettung Frankreichs berufen? Das Wort „Sozialismus“ ist so populär, daß sich selbst Feudale und Bourgeois damit schmücken. Erst gestern hörte ich, wie ein Kandidat namens Willefranc — so hat der Mann seinen „verdächtig“ klingenden Namen Offenstadt umgetauft — mit Überzeugung einem Sozialdemokraten gegenüber ausrief: „Auch ich bin Sozialist!“ Dabei erklärte sich der Herr gegen die Einkommensteuer und gegen jedes Monopol des Staates.

Die berufene Vertreterin des Sozialismus ist natürlich die von Jaures geführte „geeinigte“ sozialdemokratische Partei. Geeinigte? Da liegt der Haken im Pfeffer. Diese Einigung umfaßt eine Fülle von Elementen, die im schärfsten Gegensatz zu einander stehen. Im des Pantoms der Einigung willen muß man die Kompromittierlichsten Leute deden. Man muß einen Heros dulden, dessen übergeschwappter Antipatriotismus jeden vernünftigen Menschen, auch jeden besonnenen Arbeiter, einfach ansetzt. Man ein Idealist wie Jaures sich in die Führer mit einem

Querschnitt, der einem Parteitagsschluß zum Trotz noch in letzter Stunde gegen die Altersversicherung stimmt. Die Stoßkraft der Partei leidet natürlich außerordentlich unter den krassen Meinungsverschiedenheiten, die mit einer bodenlosen Disziplinlosigkeit Hand in Hand gehen.

Hinzu kommt, daß die „geeinigte“ Sozialdemokratie längst nicht alle Sozialisten und Klassenbewußten Arbeiter umfaßt. Links von ihr stehen jene „Revolutionäre“, die alle Mächte mit der Aufforderung bedecken, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen. Rechts von ihr stehen die vielen „unabhängigen“ Sozialisten, die nur auf den Augenblick lauern, wo sie ihren Frieden mit der bürgerlichen Gesellschaft machen können, unter der Voraussetzung natürlich, daß ihnen diese bürgerliche Gesellschaft ein fettes Pöckchen abtrifft.

Und diese „unabhängigen“ Sozialisten sind oft die besten Köpfe der Partei. Diese Willeram, Briand, Viviani — viel Talent, doch wenig Charakter, Streber großen Stils, aber eben doch nur Streber, die den Sozialismus als Sprungbrett benötigen. Wenn die Arbeiter sie groß gemacht haben, dann geben sie die Arbeiter preis.

Werden nicht andere sozialdemokratische Führer, die heute noch so „unentwegt“ um, einst ebenso handeln, wie Willeram und Briand und Viviani? Das Mißtrauen, das allzu begründete Mißtrauen ist vorhanden. Es wirkt vergiftend. Es trägt dazu bei, daß so viele Arbeiter am Parlamentarismus verzweifeln.

Ein trübseliger Zustand. Und nirgends einen Ausweg. Oder doch?

Die großen Prinzipienfragen sind fast völlig aus dem Wahlkampf ausgeschaltet. In England drehte sich alles um sie: für oder wider den Freihandel? für oder wider die Bodenreform? für oder wider die Vorkas? Hier liegt man in den sog. Programmerkklärungen der Kandidaten fast nur Worten und persönlichen Beschimpfungen der Gegner. Niemand will sich „diskutieren“. Jeder verfolgt nur ein Ziel: Die-ist-ja-ich-mich-mitte! Fort mit dem andern, um selber an den Futtertopf zu kommen! Es lohnt sich, in Frankreich Deputierter zu werden. In einer verführerischen Sitzung, ohne Diskussion, haben sich die Herren vor vier Jahren 1800 Franken jährlicher Diäten bewilligt. Davon läßt sich leben. Und dann die „Revenüen“, die mehr oder weniger, meist aber gar nicht legal! O, man versteht es, warum so viele nach dem Mandat lechzen, so fest daran kleben. Deshalb wird eben alle Politik zur Wahlkreispolitik. Man muß sich mit den Behörden gut stellen, man muß die Wähler durch materielle Vorteile an sich fesseln. Der Sittenkammer blüht. Der Abgeordnete ist in erster Linie nicht Vertreter des ganzen Volkes, sondern Agent seiner Wähler.

Die Korruption hat sich zur Höhe eines Schilms erhoben.

Deshalb gibt es anscheinend nur einen Rettungsweg: heraus aus der Wahlkreispolitik, hinein in die allgemeine Landes- und Volkspolitik!

Das erlösende Antwortwort lautet: N. P. Diese beiden Buchstaben sind das Einzige, was diesen Wahlkampf aus den Niederungen eines bloßen Sirens nach den 1800 Franken drüber heraushebt. Sie bedeuten: Repräsentation Proportionelle. Mit anderen Worten: die 500 Wahlbezirke, die in Frankreich zerfällt, sollen besetzt werden. An ihrer Stelle soll eine kleine Zahl von Kreiswahlkreisen treten, von denen jeder ein paar Dutzend Abgeordnete nach dem System der Verhältniswahl ernannt.

Das entspricht der Gerechtigkeit. Die Minderheiten bleiben dann nicht mehr mundtot.

Das wird vor allem die Wahlmoral wieder herstellen. Die Strebeninteressen verschwinden. Die Behörden verlieren ihren Einfluß. Man kann nicht mehr gewählt werden, weil man hier einen Posten und dort eine Lieferung verschafft, hier einen Orden vermittelt und dort eine Gerichtsverhandlung unterdrückt hat. Man kann nur noch auf Grund eines allgemeinen Programms gewählt werden.

Es hat sich eine Art Liga der anständigen Leute gebildet, die mit aller Entschiedenheit für die N. P. eintritt. Sie umfaßt ebenotig die besten Männer der Rechten wie die Sozialdemokraten. Nur der „radikale“ Flügel in der Mitte, der seine Festschläpfe schwinden sieht, widersteht sich mit aller Macht.

Badischer Landtag.
Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.
Zweite Kammer.
B.Z.K. Karlsruhe, 4. Mai 1910.
74. öffentliche Sitzung.
Präsident Mohrbach eröffnet die Sitzung um 9 1/4 Uhr. Der Regierungsrath ist besetzt wie gestern. Die Tribüne ist mäßig besetzt.
Im Einlaß befindet sich eine Petition der Zweigvereine Karlsruhe der verschiedenen Bauarbeiter-Verbände Deutschlands wegen Fortsetzung der

öffentlichen Bauten im Sinne einer Resolution der ausgesperrten Arbeiterchaft; ferner ein Ersuchen des Groß. Landgerichts — Zivilkammer II — Offenburg, um Genehmigung zur Einberufung des Abg. Wagner daselbst als Zeuge in der Prozeßsache Schmieder gegen Will in Vermerzbach. Die Genehmigung wird erteilt.

In der fortgesetzten Beratung des Eisenbahnbudgets

ergreift zunächst das Wort Ministerialdirektor Schulz: Die Punkte, die nicht besonders erwähnt werden, werden trotzdem gerührt. Bezüglich der Fahrplankwünsche der Schwarzwaldbahn liegt eine Petition vor. Bei dieser Gelegenheit werden wir näher darauf eingehen. Der Landesverband der Verkehrsvereine erhält einen Betrag von 10 000 Mark, ferner einen Betrag von 2000 Mark und 1000 Mark zur Bodenreueumher. Wir sind beteiligt an einem internationalen Fremdenbüro in Berlin. Summel hat von einem Mißverhältnis zwischen Ministerialabteilung und Generaldirektion gesprochen. Wenn damit gesagt sein soll, daß gegeneinander regiert werde, so muß ich dem ganz entschieden widersprechen. Wir gehen im engsten Konnex mit der Generaldirektion vor, wenn die Generaldirektion Bedenken und Wünsche hat, so fehlt es ihr nicht an Gelegenheit, diese vorzubringen. Der Verkehr findet in der Regel auf telephonischem Wege statt. In der Zuständigkeitsverordnung hat die Generaldirektion ihre Wünsche vorgetragen. Sie sind berücksichtigt worden. Wir haben im Ministerium uns den Einfluß auf die Gestaltung der Hochbauten und die Vergebungen von 300 000 Mark an vorbehalten. Der Abg. Summel hat Einzelheiten aus der Zuständigkeitsverordnung herausgegriffen. Das wir uns die Organisation der Stationen vorbehalten haben, wird selbstverständlich sein. Vor einigen Tagen hat die Generaldirektion uns das Gesuch der Lustschiffahrtgesellschaft vorgelegt, bei der Station Baden-Dos eine Lustschiffhalle errichten zu dürfen. Die Generaldirektion hat dagegen Bedenken geäußert. Es war gut, daß die Generaldirektion uns das Gesuch vorlegte, weil am gleichen Tage der Oberbürgermeister von Baden-Baden zu uns kam, um in derselben Sache vorstellig zu werden. Wir hätten von der ganzen Sache nichts gewußt, wenn uns die Generaldirektion nicht informiert hätte. Wir beschäftigen die ganze Staatsbahnverwaltung hinsichtlich der Vereinfachung einer Revision zu unterziehen. Der Staatsbahnwagenverband ist das Erklärungsstück in unserer Eisenbahnverwaltung. Er hat allgemeine Zustimmung gefunden. Das war nicht immer so; er wurde in der Presse bekämpft. Man hört manchmal, das Wort „Betriebsmittelgemeinschaft“ sei ein Schlagwort; daß sich aber die Männer, die dabei beteiligt waren, dabei etwas gedacht haben, geht aus der Denkschrift von 1906 hervor. Wenn es gelingt, ein Gemeinschaftsamt zu bilden, dann wäre das eine bedeutende Förderung der Bildung von Zweckverbänden. Leider ist das ein frommer Wunsch. Die badische Verwaltung ist es gewesen, die den Vorschlag gemacht hat, auf der jetzt genommenen Basis zu verhandeln. Gegenüber dem Jahr 1908 ist eine Verminderung der Achskilometer von 625 auf 600 Millionen eingetreten. Das Weniger von 26 Millionen ist ein erfreuliches Ergebnis. Redner gibt Goppert Auskunft über die Beförderung von Obst in großen Güternagen. Der Verwendung dieser großen Wagen steht nichts entgegen. Im Eigentum dieser wird die Verwendung dieser großen Wagen nicht beanstandet werden. Der Gedanke der Betriebsmittelgemeinschaft hatte zur Folge, daß auch eine gemeinsame Tarifreform gemacht werden sollte. Die Bedenken gegen die vierte Klasse preussischen Typs hätten dabei überwunden werden können. Leider haben sich die Hoffnungen auf die Betriebsmittelgemeinschaft nicht erfüllt; sie ist gescheitert. Die 4. Klasse wurde nicht eingeführt. Die Bedenken verstärken sich jetzt mehr als damals. Die Regierung hat sich im letzten Landtag dahin geäußert, daß auch bei uns die 4. Klasse kommen müsse, nachdem sie in den Nachbarstaaten besteht. Neuhaus hat recht, wenn er sagt, solche Fragen bedürfen einer Entwicklung. Es war ein Fehler, daß die III b-Klasse eingeführt wurde. Die Einführung der mährtenbergischen 4. Klasse wäre nicht empfehlenswert gewesen. Das mährtenbergische System ist konsequenter als das unserige; ich befreite aber, daß es finanziell besser ist als das unserige. Neuhaus hat ganz recht, wenn er sagt, daß seien Zweckmäßigkeitsfragen, die nicht von Parteigefühlspunkten gelöst werden können. Die Frage, deckt der 2 Pfg.-Tarif die Kosten oder nicht? ist nach meiner Ansicht falsch gestellt. Es kommt ganz darauf an, wie weit dieser Tarif ausgedehnt wird. Neuhaus hat richtig gesagt, logisch durchgeführt sei nur das preussische System. Ich hoffe, daß er daraus die Konsequenz zieht. Wir haben das preuß. System angenommen — ohne die 4. Klasse. Nehmen wir je jetzt an, so ist es vielleicht möglich, mit den linksrheinischen Verwaltungen in einen Zweck-

verband zu treten und die Wettbewerbsbestrebungen auszuhalten. Wenn wir die preussische 4. Klasse haben, wird die Frage entstehen, ob man den 2 Pfg.-Tarif lassen oder auf 2,3 Pfg. gehen soll. Die letztere Frage wird verneint werden. Was die Frequenz der 4. Klasse anbelangt, so glaube ich, wird diese Klasse nicht nur von den Unbemittelten benutzt, sondern daß auch die Menschenwürde mancher Herren, die hier sitzen, wird an dem bekannten Straß in der Höhe des Wagens baumeln. Gegenüber dem Vorschlag Kolbs, das Kilometergebot wieder einzuführen, verweise er auf den genialen Vorschlag eines städtischen Finanzministers, der deshalb, weil eine städtische Brücke sich infolge des Brückengelbes gut rentierte, vorschlug, daneben eine zweite Brücke zu bauen.

Abg. Muser (fortf. Bpt.) begründet seinen Antrag auf gezielte Festlegung des Höchsttarifs. Wir waren uns über das Schicksal unseres Antrages jederzeit bewußt. Wir haben ihn schon zweimal eingebracht und er ist jedesmal abgelehnt worden. Redner verweist auf die große Bedeutung der Tarife unter Zitierung von Arthur Mühlberger und de Terra. Es sei eine Anomalie, daß eine so wichtige Frage, wie die Festlegung der Tarife, dem distretionären und souveränen Ermessen der Einzelnen in der Verwaltung überlassen sein soll. Die Rede des Staatsministers hat uns gezeigt, daß wir das noch haben, was wir besitzigen wollen. Die Post und Telegraphie sind der Gesetzgebung unterworfen, das noch wichtigere Eisenbahnen nicht. Man hat im Reich vergeblich Versuche gemacht mit der Einführung eines Reichseisenbahngesetzes. Der Bundesrat sollte ermächtigt sein, die Tarifnormierungen zu regeln. Das ist eine Durchbrechung unseres badischen Prinzips, wenn auch nicht das, was wir wollen. Wir haben ein Recht, zu verlangen, daß der badische Bundesratsbevollmächtigte im Bundesrat als Vertreter des badischen Staates handelt, und zum badischen Staat gehört wenigstens auch ein klein wenig das badische Volk. Bismarck hat darauf hingewiesen, welche enge Beziehungen zwischen Zoll und den Frachttarifen bestehen. Was nicht die ganze Schutzpolitik, wenn sie durch die Tarifierung paralysiert wird? Bismarck hat deshalb gesagt: die Tarifpolitik ist viel einschneidender als die Zollpolitik. Bei jeder Steuererhebung ist die Zustimmung der Landstände nötig. Die Tarife, die über die Selbstkosten hinausgehen, sind aber nichts anderes als eine Art Steuer, und darüber soll allein eine Verwaltungsbehörde entscheiden können? Wer ein Freund unseres Konstitutionalismus ist, muß auch unserem Antrag zustimmen. Man wendet ein, diese Materie sei eine Sache des Reichs. Solange aber das Reich diese Fragen nicht in die Hand nimmt, ist den Partikularstaaten volle Freiheit gewährt. Bayern bringt die Eisenbahneinnahmen unter indirekten Steuern im Finanzgesetz zur Verabschiedung.

Abg. Seubert (Centr.): Ich stehe auf dem Standpunkt des Kollegen Neuhaus. Der Ministerialdirektor hat gesagt, daß eine Kommission eingeleitet sei zur Vereinfachung der gesamten Eisenbahnverwaltung. Redner bringt hierzu eine Anregung vor. Der Staatsbahnwagenverband ist allgemein als Lichtpunkt in unserer Verwaltung bezeichnet worden. Ich kann mich dem nur anschließen. Er hat die Anforderungen erfüllt. Die Einführung der Streckenreferenten begegnet nicht überall einer Sympathie. Ein im Ruhestand befindlicher Bezirksbeamter hat einmal gesagt: die Bezirksstellen sind weiter nichts als die Briefträger der Generaldirektion. Einer der Streckenreferenten verbrachte eine volle Stunde mit der Nachzahlung von Zinpressen. Wenn eine Kiste oder ein Nachschub unbrauchbar wird, bedarf es unständlicher Verhandlungen, bis das alte Möbel durch ein neues ersetzt wird. Redner führt weitere Beispiele des Umstandsframs bezüglich der Bahnarbeiter an, damit keine doppelte Verrechnung des Tagelohns stattfindet. Man sieht daraus, wie die Generaldirektion zur Verminderung des Schreibwerks beiträgt. Es würde genügen, wenn der Stationsmeister am Ende des Monats seine Lohnliste einreicht. Die größten Lächerlichkeiten der Kontrolle, wie Erinnerungen wegen Fehlens 1 Pennings, unterbleiben, aber wegen Differenzen von 5 oder 10 Pfg. wird noch ein großer Bogen Papier eingereicht. Die Dienstkosten bei der Generaldirektion und im früheren Dienst sind einer Revision unterworfen. Ich möchte dazu den Wunsch aussprechen, daß den Fahrdienst wieder die Bedeutung beigegeben wird, die er früher hatte. Jetzt ist er zu einem mechanischen Dienst herabgesunken. Die Eisenbahnkantine wurde seinerzeit von der „Frankfurter Zeitung“ lächerlich gemacht. Die Eisenbahnbeamten freuen sich aber über dieses Institut und den gereichten Kaffee. Das heutige System der Bahnärzte findet nicht meine Zustimmung. Wenn einer einen anderen Arzt hat, ist es kränkend für den Beamten und den behandelnden Arzt, wenn sie sich einer Nachkontrolle durch den Bahnarzt unterziehen müssen. Neuhaus hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahren nicht nur die persönlichen, sondern auch die sachlichen Ausgaben rapid gestiegen sind. Es ist sicher, daß

